

Macht begreifen – ihre Aktionen bewirken, wie sich zeigte, Veränderungen im Kleinen, institutionelle Verschiebungen aber bleiben aus. Es tut sich nach 2011 eine *Kluft* auf zwischen dem Anspruch auf Neugründung des Gemeinwesens und der tatsächlichen, unbewegt scheinenden institutionellen Wirklichkeit. Die konstituierte Macht, so delegitimiert sie scheint, bleibt zumindest nach außen hin stabil. Auf die an ihr geübten Kritik lässt sie sich kaum ein.

1.2 Die Kultur der Transition – von der Krise zur Reform?

Wir müssen die demokratischen Institutionen kräftigen, um das Gewebe des Vertrauens wiederherzustellen. Ohne dieses Vertrauen kann keine Gesellschaft die Prüfungen bestehen, die heute zu überwinden sind. Wir Spanier können und müssen diese Prüfungen bestehen.

Vorbildlichkeit und Transparenz müssen das Handeln jener bestimmen, die politische Verantwortung übernehmen, und zwar in einem persönlichen wie institutionellen Sinne.

(Partido Popular 2011a: 19)

Die zitierte Passage ist Teil des Wahlprogramms der konservativen Partei *Partido Popular* (PP, zu Deutsch: Volkspartei) zu den Parlamentswahlen im November 2011. Das Programm, auf das ich in der Folge eingehe, ist paradigmatisch dafür, wie die tradierten Volksparteien – der politische Pfeiler der Kultur der Transition – auf die Proteste der Indignados reagieren: mit einer Mischung von schwacher Responsivität und Delegitimierung.¹⁵ Die »Kräftigung der demokratischen Institutionen« die am Ende des 100-Punkte-Programms des PP versprochen wird, bleibt ein vages Vorhaben. Unter dem Titel »Politische und institutionelle Regeneration« werden tatsächlich nur zwei unbestimmte Forderungen artikuliert. Eine lautet: »Wir werden mit ehrlicher Dialogabsicht alle Aktionen und politischen Vereinbarungen unterstützen, welche die Eintracht und Verständigung aller Spanier rund um die Verfassungswerte stärken.« (PP 2011a: 20) Derartige Forderungen erkennen zwar an, dass sich Spaniens politische Ordnung in einer Legitimitätskrise befindet – doch die Lösungen, die sie anbieten, sind *unbestimmt*. Konkrete Initiativen, die den gesellschaftlichen Rückhalt der Verfassung stärken sollen, bleiben aus.

15 Ich tätige in diesem Schritt nur einen groben und sensibilisierenden Abriss, der nur *einen* Akteur zu *einem* Zeitpunkt – die konservative Volkspartei PP Ende des Jahres 2011 – fokussiert. Bedauerlicherweise gibt es (noch) wenige Studien, die im Detail nachzeichnen, wie die Responsivität der hegemonialen Akteure Spaniens gegenüber den Protesten der Indignados vor der Entstehung von Podemos (2014) ausfiel. Siehe bislang dazu die Studien von Pinilla García 2011, Juan Amat/Collado Campaña 2013 und Ramírez 2018.

Zugleich fällt im zweiten Abschnitt des oben zitierten Passus auf, dass die »Kräftigung der demokratischen Institutionen« als eine moralische Herausforderung begriffen wird. »Vorbildlichkeit« und »Transparenz« sollen, so der normative Imperativ, von den politischen Amts- und Entscheidungsträger als Maßstab ihres Handelns begriffen werden. Es geht, so die implizite Botschaft, darum, die *Vertrauensbande* zwischen Repräsentanten und Repräsentierten wiederherzustellen. Dafür werden weniger ausführliche institutionelle Reformvorschläge in Anschlag gebracht als vielmehr politische Tugendhaftigkeit versprochen. Damit reartikulieren die Konservativen die moralisch gefärbte Kritik der Indignados, machen sich förmlich deren Forderung zu eigen, dass Politikerinnen ihre Repräsentationsaufgabe der Volkssouveränität in ihrer alltäglichen Praxis verwirklichen müssen. Zugleich wird dieses Axiom nicht responsiv in überprüfbare Reformvorschläge überführt, sondern im Terrain einer offenbleibenden Rhetorik gehalten, die der institutionellen Materialisierung gezielt ausweicht.

Nun ist der PP, neben dem sozialistischen PSOE die große Volkspartei Spaniens, beim Ausbruch der Empörtenproteste im Mai 2011 keine Regierungs-, sondern die große Oppositionskraft des Landes. Die Generalwahlen von November 2011 gelten den Konservativen – nach zwei Legislaturperioden (2004–2008, 2008–2011) mit sozialistischen Regierungen – als die Möglichkeit, erneut Spaniens Exekutive zu übernehmen. Und so übernimmt denn auch der PP in seinem Wahlprogramm die Diagnose der Indignados, dass sich das Land in einem allgemeinen Krisenzustand befindet, der sich nicht auf die Wirtschaft beschränkt, sondern auf Politik und Gesellschaft erstreckt: »Die spanische Gesellschaft ist heute verarmt und entmutigt.« (PP 2011b: 13) Für diese umfassende Krise werden die Sozialisten verantwortlich gemacht. Letztere haben, so die Diagnose des PP, Spanien vom Modernisierungskurs abgerrückt und in die Sackgasse geführt. Demgegenüber inszenieren sich die Konservativen als Träger eines integrativen Projekts, das den spanischen Bürgern eine wahre Alternative anbietet:

Spanien braucht andere Politiken und eine andere Form, Politik zu machen. Der Partido Popular bietet den Spaniern eine andere Form des Regierens an. Eine Regierung vom Zentrum aus und für alle, mit Mäßigung und Dialog. Eine ehrliche und verantwortungsvolle Regierung mit gutem Urteilsvermögen. Eine Regierung, die effizient, sparsam und transparent ist. Eine Regierung, die für Wahrheit und Glaubwürdigkeit steht. (PP 2011b: 14)

Die Konservativen reartikulieren machtvoll die Krisendiagnose der Empörtenproteste, um sich selbst als *die* Alternative aufzuschwingen, die Spanien aus der Krise holen kann. Die Auflistung von tugendhaften Eigenschaften (Mäßigung, Dialog, Ehrlichkeit, Verantwortung, Effizienz, Sparsamkeit, Transparenz usw.) firmiert als eine kontrafaktische Abgrenzungsfolie zur aktuellen Malaise, in der all dies nicht nur nicht realisiert wird, sondern – so die implizite Losung – das Gegenteil gilt, also Scheinheiligkeit, Verantwortungslosigkeit, Ineffizienz, Parteilichkeit oder Intransparenz. So tut sich eine binär gesplante Wirklichkeit auf, in der die Sozialisten für den verdorbenen Ist-Zustand stehen und, demgegenüber, die Konservativen versprechen, die Alternative zu sein, um die umfassende Regeneration Spaniens anzugehen.

Doch was passiert in diesem gespaltenen Szenario, in dem das krisengerüttelte Spanien *einen* Verantwortlichen (die Sozialisten) und *einen* Erlöser (die Konservativen) hat,

mit den dritten im Bunde, den Urhebern der umfassenden Krisendiagnose? Wie reagieren die Konservativen auf die Platzbesetzungen, die wenige Monate vor der Wahl von November 2011 geschahen? Die Proteste also, welche die Vorstellung eines Landes in der Krise erst popularisierten? Das Wahlprogramm des PP geht auf die Indignados ein, um sie als legitimer Akteur zu dezertifizieren:

Die Diskurse, die die Politik und die Politiker als Ganze disqualifizieren, aber selbst keine Alternative anbieten, bergen eine große Gefahr. Es geht darum, die demokratischen Institutionen zu stärken, und nicht darum, ihre Legitimität zu leugnen. Es geht darum, die Prozesse der Deliberation und der Einigung zu verbessern, und nicht darum, sie zu ersetzen. (PP 2011b: 170)

In der Passage wird die Kritik, die Monate zuvor auf den Straßen und Plätzen am politischen System geübt wurde, gar nicht erst als prinzipiell berechtigt anerkannt. Zwar übernehmen die Konservativen die Krisendiagnose des Empörungsdiskurses, reartikulieren sie – samt mancher ihrer Forderungen (s.u.) in einem neuen Horizont. Der Kollektivität jedoch, die diese Forderungen wenige Monate zuvor diese Diagnose artikuliert und popularisierte, wird jede Legitimität abgesprochen. Die außerparlamentarische Kritik am politischen System ist, so der Tenor, eine Gefahr für die Demokratie, die mit aller Kraft zu unterbinden ist. Das konservative Motto lautet: Wir sind die Alternative, die das Land aus der Krise führen kann.

Was bei der Passage ebenfalls hervorsteht, ist die Äquivalentsetzung von Politik und demokratischen Institutionen mit der Figur der (Berufs-)Politikerin. Die verborgene Sprecherposition in der Passage, die im Stile einer Anapher (»Es geht darum...«) benennt, worin die politische Aufgabe zu bestehen habe (»die demokratischen Institutionen zu stärken«) und worin sie nicht zu bestehen habe (»ihre Legitimität zu leugnen«), nimmt eine autoritative Position ein. Politik kann, folgt man den Konservativen, eben nicht von einer empörten Masse auf der Straße definiert geschweige denn gemacht werden, sondern nur von jenen, die Politik als Beruf ausüben – und zwar nur und ausschließlich in den Institutionen des politischen Systems. Hiermit wird eine Politikvorstellung präsentiert, die in dem Maße antipopulistisch geprägt ist, als sie, mit Marchart (2017) gesagt, die Rolle eines »elitären Paternalismus« einnimmt. Die Aufgabe der tugendhaften und »reinen« politischen Eliten ist es, für das unreife, leicht von antipolitischen Phrasen »verführbare« Volk die »richtige« Politik zu betreiben, es zu führen (ebd.).

Doch zugleich greifen die Konservativen den reformistischen Kritikstrang der Empörten auf, so die Forderung nach einem revitalisierten Parlament, nach einer starken und unabhängigen Justiz sowie nach einer dezidierten Bekämpfung der Korruption. Die Grundsatzkritik am Ist-Zustand wird in partielle Reformversprechen der Demokratie überführt. Vorsichtig tastet sich im Wahlprogramm eine Kraft voran, die in ihrer Geschichte niemals als demokratischer Impulsgeber fungierte, ja sogar der spanischen Verfassung von 1978 – deren Legitimitätsverlust nun vehement beklagt wird – nicht einmal geschlossen zustimmte (Kap. II.2.c). Der PP präsentiert drei Initiativen, die an Forderungen der Indignados anschließen.

An erster Stelle steht das Versprechen auf die Bekämpfung der Korruption, die als eine »ernsthafte Pathologie der Demokratie« bezeichnet wird und mit allen legislativen Mitteln bekämpft werden soll (PP 2011b: 170). Zweitens sollen Gesetze zur »Forderung der

Transparenz« in der Verwaltung, die Festschreibung »ethischer Prinzipien in der Partei« und ein Kodex von Verhaltensregeln für die Regierungsmitglieder die Forderungen der Indignados nach mehr Transparenz aufnehmen (ebd.). Schließlich adressiert die versprochene Reform des »Wahlsystems auf kommunaler Ebene« die Repräsentationskritik der Protestler (ebd.: 171). Diese drei Maßnahmen sind fassbar, obschon im Wahlprogramm des PP nicht prominent platziert. Ob und wie sie realisiert wurden, bleibt allerdings offen. Weitaus zentraler – offensiver und weit ausführlicher im Wahlprogramm platziert – wird hingegen die Antwort auf Spaniens Krise auf ökonomischem Terrain. Auch hier wird der marode, geradezu »rigide und übermäßig regulierte Zustand« beklagt, in dem sich die spanische Wirtschaft nach acht Jahren sozialistischer Regierung befindet (ebd.: 36). Demgegenüber muss nun der spanische Arbeitsmarkt mit »neuen Regeln und modernen Institutionen« ausgestattet werden. Das folgende Zitat spricht für sich:

Wir werden eine Arbeitsmarktreform durchführen, die auf Spaniens beispielloses soziales Drama von fünf Millionen Arbeitslosen eine Antwort bietet. Diese umfassende Reform wird einen kohärenten und koordinierten Wandel der Beschäftigungsverhältnisse, der Tarifvereinbarungen, der Arbeitsbeziehungen, der Fortbildungen und der Arbeitsvermittlung bedeuten. (Ebd.: 37)

Dieselbe Krisendiagnose (»das beispiellose soziale Drama«), die der Empörungsdiskurs lancierte, wird hier in Richtung eines Reformprogrammes ausformuliert, das unter vollkommen anderem Vorzeichen steht. Anstatt eine Stärkung des Sozialstaats und sozialer Rechte in Aussicht zu stellen, wird ein neues System von Arbeitsbeziehungen angepeilt, das in einer weitreichenden Reform des Arbeitsmarktes mündet. Mit Begriffen wie »Reformen«, »die Gesellschaft als Protagonistin«, »neue Freiräume«, »neue Möglichkeiten für Arbeiter und Unternehmer« oder »ökonomische Konkurrenzfähigkeit« wird die ökonomische Agency vom Staat auf die Gesellschaft übertragen. Ganz dem historischen Vorbild der sozialistischen Regierungen in den 1980er und 1990er Jahren folgend (Kap. II.2.b), setzt auch die Volkspartei PP in ihrem Wahlprogramm von 2011 Modernisierung mit wirtschaftlicher Liberalisierung gleich. Der spanischen Gesellschaft wird Verantwortung übertragen. Jedoch wird die Gesellschaft, anders als von den Indignados gefordert, nicht politische Verantwortung übernehmen können, sondern ökonomische Verantwortung übernehmen müssen. Der Titel des PP-Wahlprogramms *Más sociedad, mejor gobierno* (Mehr Gesellschaft, bessere Regierung) bietet eine ironische Vorahnung dessen, was die nächsten Jahren mit sich bringen. Die spanische Gesellschaft wird auf ökonomischen Gebiet mehr denn je dem freien Markt ausgesetzt sein, die neue PP-Regierung wird einen harten, gegenüber Protesten und neuen Parteien kaum noch responsiven Kurs fahren.

Das kursorisch kartierte Wahlprogramm der konservativen Volkspartei PP vor den Wahlen im November 2011 bietet einen Einblick in die Responsivität der etablierten Kräfte gegenüber der Kritik der Indignados. Zwar fällt die Reaktion linker Parteien, einerseits der Sozialisten des PSOE, andererseits und besonders der linken *Izquierda Unida*, gegen-

über den Protesten offener, teils sogar enthusiastisch aus.¹⁶ Doch die Reartikulation des Empörungsdiskurses seitens der Konservativen steht durchaus sinnbildlich dafür, wie sich Spaniens Volksparteien genauso wie die Massenmedien des Landes gegenüber dem Empörungsausbruch verhalten. Diese Reaktion folgt grundsätzlich dem Dreiklang von (a) die Grundsatzkritik an den politischen Institutionen wird delegitimiert, (b) die reformistischen Forderungen der Indignados hingegen – etwa mehr Transparenz der Repräsentanten, die Bekämpfung der Korruption oder eine Reform des Wahlsystems – werden in politischen Vorschlägen oder öffentlichen Debatten aufgenommen, (c) die Diagnose, dass Spanien in einer tiefen, und zwar nicht nur ökonomischen Krise stecke, wird ebenfalls reartikuliert. Die Wege allerdings, die aus dieser Krise führen sollen, sind nicht mehr die von den Indignados vorgeschlagenen. Aus der Krise hilft für den PP nur noch ein aktualisiertes neoliberales Modernisierungsprojekt.

Die politischen Vorstellungen der Konservativen sind deshalb relevant, weil sie am 20. November 2011 mit einer absoluten Mehrheit (44,6 %, 186 von 350 Abgeordneten) die neue Regierung Spaniens stellen. Diese Exekutive, die Mariano Rajoy bis 2018 anführt, hält explizit die Kultur der Transition als Spaniens Ordnungsrahmen hoch (dazu im Vergleich: VII.2.c). Vor allem in der ersten Legislaturperiode, von Ende 2011 bis Ende 2015, reaktiviert das Rajoy-Kabinett die Idee, dass Spanien seine Krise überwinden und auf den Pfad der Modernisierung zurückkehren müsse, um (erneut) ein westeuropäisches Land vollen Ranges zu werden. Bei seiner Antrittsrede als Präsident am 19. Dezember 2011 hält Rajoy fest:

Dieser Moment ist eine historische Gelegenheit, um auf den Pfad zurückzukehren, der sich in der Vergangenheit als derart erfolgreich erwiesen hat. Jedes Mal, wenn Spanien eine stabile Wirtschaft gehabt hat, die nach außen offen war und nach innen auf Liberalisierung und Wettbewerb gesetzt hat, haben wir unseren Lebensstandard verbessert. (Rajoy 2011)

Rajoy, ein schon von seiner Persönlichkeit her konservativer Politiker, schreibt sich in diesem Auszug in eine spezifische Tradition ein. Er möchte nicht mit neuen Rezepten regieren, sondern die alten wiederholen. Und so zitiert der neue Präsident die Leitplanken einer Politik, die Spanien angeblich auf seinen »historisch erfolgreichen Pfad« gebracht haben. Im Kern ist dieser Pfad nichts anderes als die Primatstellung des freien Marktes auf allen Ebenen. Nach außen wie nach innen sollen »Liberalisierung und Wettbewerb«

16 So nah allerdings die Vereinigte Linke sowie die Gewerkschaften in vielen Forderungen den Protesten ab 2011 standen, so wurden diese Organisationen trotzdem seitens der Indignados (zumeist) als Teil des politischen Establishments gedeutet. Dass prominente Gewerkschaftler oder Parteiangehörige auf den Plätzen ausgebuht wurden oder die Mitnahme von Parteifahnen auf den Demonstrationen verpönt war, verrät, wie sich die Empörtenproteste »jenseits von links und rechts« stellen wollen – und ihr populärer Bruch eben auch auf die tradierten Organisationen der spanischen Linken zielte. Letztere hatten, so die Protestierenden, in der hegemonialen Ordnung ihre Nische gefunden. Insofern bestand zwischen der traditionellen Linken und den Indignados ein Verhältnis, mit Franzé (2017) gesagt, »der programmatischen Nähe, doch kulturellen Ferne«. Dieses ambivalente Verhältnis wird sich sehr ähnlich zwischen dem frühen Podemos (2014–2016), das diese Studie betrachtet, und den tradierten linken Organisationen wiederholen. Zum Verhältnis der Indignados zu den Gewerkschaften: Huke/Tietje 2014: 379–386.

den Lebensstandard der Spanierinnen verbessern. In diesem Sinne – bedingt durch eine Wirtschaftskrise, die damals (Ende 2011) noch lange nicht ihren Tiefpunkt erreicht hat – dreht sich *de facto* Rajoy's gesamte Rede darum, das ökonomische Programm seiner Regierung vorzustellen. Dieses Programm hat, wie der Präsident betont, drei Pfeiler: die Stabilisierung des Staatshaushaltes, die Sanierung des Finanzsektors und der strukturelle Reformbedarf der Wirtschaft. Diese drei Pfeiler werden sich für die PP-Regierung als enorm zentral erweisen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass in jedem dieser drei Bereiche nicht bloß der »erfolgreiche Pfad der Vergangenheit« wiederholt, sondern Neuland betreten wird. Jede Zitierung ist eine Verschiebung. Zwar soll die Rajoy-Regierung der seit Dekaden hegemonialen Leitidee folgen, dass Modernisierung mit Liberalisierung gleichzusetzen sei – und dass dies Spaniens Erfolgsrezept sei. Doch indem Rajoy mitten in einer tiefen Wirtschaftskrise und mitten in gesellschaftspolitischen Umbrüchen eisern an dieser Maxime festhielt, *radikalisiert* er sie. Die drei Leitlinien von Austerität in den Staatsausgaben, von Sanierung des Finanzbereichs und von der Reform des Arbeitsmarktes sollen sich in den Folgejahren für breite Bevölkerungsteile als erdrückend erweisen. Jedenfalls scheint nach 2011 das Land nicht den von Rajoy erhofften »Sprung nach vorne« zu machen, sondern eher, wie es die Stiftung *Alternativas* (2013) festhält, »einen großen Sprung nach hinten«.

Das Programm einer als Modernisierung antretenden Liberalisierung entpuppt sich schnell als ein Damoklesschwert für die spanische Gesellschaft. Dies lässt sich anhand der Arbeitsmarktreform, einer der Kernmaßnahmen der ersten Rajoy-Regierung, festmachen. Die im Februar 2012 verabschiedete Reform bekräftigt zwar, eine *flexiseguridad* (Flexicurity) für Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber zu schaffen, also zwischen befristeten und unbefristeten Verträgen, Arbeitnehmerschutz und Wettbewerbsfähigkeit einen Mittelweg einzuschlagen (vgl. BOE 2012: 12484). Doch das Ziel der Reform, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte *und* die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen, wird durch die Opferung der Arbeitnehmerrechte erstritten. Im Anschluss an Tobias Haas und Nikolai Huke (2014: 17ff.) sind vier Kernelemente der Reform festzumachen: die Einschränkung des Kündigungsschutzes, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Unterbindung flächendeckender Tarifverträge zugunsten innerbetrieblichen Einigungen und schließlich die Lohnzurückhaltung. Für Haas/Huke folgt daraus:

Die spanischen Gewerkschaften und Lohnabhängigen stehen damit auch im Betrieb bzw. auf der Ebene von Tarifaueinandersetzungen grundlegend veränderten politischen Spielregeln gegenüber. [...] Während damit für die Unternehmen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation einhergehen kann, wie die vorsichtige Erholung der spanischen Ökonomie 2014 zeigt, nicht aber notwendig einhergehen muss, umfassen die Folgen für die Beschäftigten Prekarisierung, Verarmung, sinkende Löhne und eine steigende Abhängigkeit vom Wohlwollen der Arbeitgeberinnen. (Ebd.: 20)

Dem Raisonement nach zielt die PP-Reform darauf, Spaniens Arbeitsmarkt durch die Reduktion der Lohnkosten zu dynamisieren. Die Reform antwortet auf eine dysfunktionale Wirtschaftsstruktur, doch sie tut es einseitig zugunsten der Kapital- und zuungunsten der Arbeiterseite. Problematisch ist die Reform, weil sie ihr Hauptziel, die Schaffung von Arbeit nur langsam erreicht – erst 2016 fällt die Arbeitslosigkeit unter die 20-Pro-

zent-Marke – und weil sie sich diesem Ziel nur um den Preis annähert, ein System der flexiblen Befristung und der deregulierten Leiharbeit zu potenzieren (vgl. de la Puebla Pinilla 2012: 207f.).

Die Reform verschlimmert die Tendenz hin zu einem zweigespaltenen Arbeitsmarkt. Während ein Teil der meist älteren Beschäftigten eher abgesicherte und gut bezahlte Stellen innehat, handelt sich ein anderer, jüngerer Teil durch befristete und (sehr) schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse,¹⁷ erleidet immer wieder – selbst beim selben Arbeitgeber – Phasen der Arbeitslosigkeit und wird nur durch wenige sozialstaatliche Maßnahmen geschützt. Sowohl am Arbeitsplatz, wo flächendeckende Tarifvereinbarungen wegfallen, als auch in der Arbeitslosigkeit, wo eine soziale Grundversicherung fehlt, die nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes greift, lebt über Jahre hinweg ein großer Teil der spanischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze.¹⁸ Selbst diejenigen, die nicht unmittelbar in Armut leben, werden durch die Erfahrungen von Familienangehörigen, Freunden und Bekannten mit einem Alltag von Prekarität und Perspektivlosigkeit konfrontiert. Gerade die jüngere Generation, die in einem Kontext von Wirtschaftswachstum und mit dem Versprechen aufwuchs, den Lebensstandard ihrer Eltern zu verbessern, sieht ihre Zukunftsperspektiven zusammenbrechen.¹⁹ Die Vorstellung, dass Spanien rasch aus der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten herausfinden und zum Kurs des Fortschritts und der Modernisierung zurückfinden könnte, dürften in den unmittelbaren Jahren nach 2011 nur wenige außerhalb des konservativen Regierungskabinetts von Rajoy hegen.

Diese Regierung sieht sich bald mit internen Problemen konfrontiert, die die Legitimität eines reaktivierten Modernisierungsprojekts in Frage stellen – und die Kultur der Transition weiter ins Wanken bringen. Im Januar 2013 macht die Zeitung *El País* den sogenannten *Fall Bárcenas* publik. Dokumente, die von Luis Bárcenas, Parteigenosse Rajoy und Schatzmeister der konservativen Volkspartei PP, stammen, legen offen, »dass sich die PP seit den 1990er Jahren systematisch aus einer mit Bestechungsgeldern unterhaltenen Parallelkasse (der sogenannten Caja B) finanziert« (Zelik 2015: 58). Wie die Ermittlungsrichterinnen später belegen, vergaben die Konservativen jahrelang öffentliche Ausschreibungen an Unternehmen, um dafür von diesen illegale Kommissionen zu kassieren. Bárcenas selbst hatte sich an dieser Bestechungspraxis bereichert – doch nicht nur er: Die gesamte Führungsriege der Partei, inklusive Präsident Mariano Rajoy, kassierte jahrelang Gehaltszulagen aus der illegalen Parallelkasse.

Ohne in die genauen Zahlen sowie in die zahlreichen Unterstränge dieser Affäre einzusteigen (dazu: Jiménez 2014: 168–173), sei unterstrichen, dass der Fall Bárcenas nur der prominenteste einer langen Reihe von Korruptionsaffären ist, die besonders die konservative Volkspartei, aber auch den sozialistischen PSOE sowie die katalanischen Re-

17 So lag 2013 Spaniens Medianlohn bei 1.291 Euro (der Durchschnittslohn bei 1.891 Euro) (vgl. INE 2013: 2). Die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse beträgt 25 Prozent und war die zweithöchste der EU (vgl. Llaneras 2013).

18 2013 war fast ein Drittel der spanischen Bevölkerung, knapp 13 Millionen Menschen, von Armut gefährdet, besaß also weniger als 60 Prozent des Medianlohnes (cica 8.000 Euro) (vgl. EAPN-España 2015: 6–10).

19 Die Arbeitslosigkeit bei den unter-25-Jährigen bewegte sich 2013 bei 57 Prozent.

gionalisten von CiU (*Convergència i Unió*) betreffen. Die Korruption, Geldwäsche und die intransparente Verstrickung der Volksparteien mit großen Unternehmen avancieren in der öffentlichen Wahrnehmung zum *systemischen* Phänomen. In den frühen 2010er Jahren tut sich, wie Fernando Jiménez 2014 betont, eine Paradoxie auf: Die Mehrheit der Bürgerinnen erfährt zwar in ihrem Alltag kaum staatliche Korruption, hält diese aber – direkt nach der Arbeitslosigkeit – für das größte Problem des Landes.²⁰ Das hat zur Folge: Das konservative Projekt, die Volkspartei PP mit Mariano Rajoy an der Spitze als die Alternative zu stilisieren, die Spanien aus der Krise führen wird, hat bereits wenige Jahre nach der Parlamentswahl von 2011 einen herben Legitimitätsverlust erlitten. Dieser ist jedoch nicht nur eine Folge der Korruption und er betrifft nicht nur die Konservativen. Die eine Volkspartei, die Sozialisten, führten Spanien in die Wirtschaftskrise hinein, die anderen finden, trotz hartem Austeritätskurs, nicht aus ihr heraus. Und so erschöpft sich für viele der symbolische Horizont, den die beiden staatstragenden Parteien verkörpern und wieder und wieder intonieren: Dass Spanien sich immer weiter modernisiert und europäisiert. Die Pfeiler der Kultur der Transition, die Axiome einer stabilen Ordnung, einer beruhigten Politik und eines konstanten, durch liberale Rezepte forcierten Wirtschaftswachstums, stehen grundsätzlich in Frage.

Zusehends erschöpft scheint also die hegemoniale Ordnung, die Spanien jahrzehntelang prägte. Mit dem Projekt einer radikalen ökonomischen Liberalisierung verspricht zwar Rajoy, Spanien zurück auf den Modernisierungskurs zu bringen. Doch sowohl die tiefe Wirtschaftskrise, die durch die neoliberalen Reformen der neuen Regierung (zunächst) nur verschlimmert wird, als auch die Korruptionsskandale, die besonders den PP betreffen und das Vertrauen der spanischen Bürgerinnen in die institutionelle Politik erschütterten, werfen die Frage auf: Wie legitim ist eigentlich noch die Ordnung, die das Land seit dem Ende des Franquismus strukturiert hat?

Auf der anderen, der gegenhegemonialen Seite, tun sich aber auch Erschöpfungszeichen auf. Indem sich die Versammlungen der Indignados in den Quartieren und Stadtteilen bildeten, sedimentiert eine neue Gegenhegemonie der Empörung. So resilient und folgenreich sich diese vielen kleinen Versammlungen auch erweisen, ihnen fehlt der Elan der Platzbesetzungen vom Frühjahr 2011. Die Empörtenversammlungen sind in einem Widerspruch gefangen. Auf der einen Seite beanspruchen sie, eine konstituierende Macht zu sein, die hier und jetzt eine andere Ordnung schafft. Auf der anderen Seite aber fallen den Versammlungen zusehends die Teilnehmenden ab. Das Versprechen auf den raschen sozialen Wandel rückt in die Ferne. Der Empörungsdiskurs scheint, kaum geboren, schon wieder auf dem Rückzug zu sein.

20 Während die Spanierinnen die Frage, ob sie für öffentliche Dienste bestechen müssen, so stark verneinen wie sonst nur die Bürgerinnen Finnlands, Belgiens oder Dänemarks, halten sie die Korruption für ein genauso zentrales Problem wie in Tschechien, Italien, Griechenland, oder Ungarn der Fall (vgl. Jiménez 2014: 165).